



Correspondence point
Korrespondenzpunkt
Пункт корреспонденции

Nr.34

18. 2. 2014

*Liebe Freunde, liebe Kollegen,
alle Hoffnungen, dass die innere politische Krise in der Ukraine im Interesse des Volkes
gelöst wird und dass die Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Landes von
außen, von Seiten der westlichen Länder beendet werden, haben sich nicht erfüllt. Im
Gegenteil! Die, die die Konflikte anheizen handeln nachdrücklich, verschärfen die
Situation und organisierten am 17./18. Februar wiederum schwere Ausschreitungen in
Kiew. Wiederum gibt es menschliche Opfer.*

*Ist es denkbar, das das zur allgemeinen Regel und Methode der Opposition wird, ihre
„Wahrhaftigkeit“ zu beweisen und ihre Ziele durchzusetzen?*

*Wir – das Kollektiv des Korrespondenzpunktes des Europäischen Friedensforums –
verfolgen die Ereignisse aufmerksam, bemühen uns aufzudecken, welche Interessen und
politischen Kräfte handeln, welche Ziele sie verfolgen – und das ist mitunter schwer,
weil die Massenmedien in unserem Land sehr einseitig informieren und faktisch meistens
zur Unterstützung der Opposition, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass in dieser
Opposition neofaschistische Kräfte und Organisationen am Werke sind.*

*Und was noch festzustellen ist, das alles – und nicht nur die Ukraine betreffend – im
Westen von zunehmend, offen oder verdeckt von antirussischer Stimmungsmache
begleitet wird. Alle Lehren der Geschichte werden in den Wind geschlagen*

*Und was besonders und am meisten beunruhigt ist, dass in einigen Nachbarländern der
Ukraine – an der westlichen Grenze – schon Stimmen mit territorialen Forderungen laut
werden*

*Unsere Position ist so – bei allen Problemen der inneren Situation, die in der ukrainischen
Gesellschaft vorhanden waren und vorhanden sind – sie müssen auf friedlichen Weg
gelöst werden. Die Methoden, mit denen jetzt bestimmte Fraktionen der sogenannten
Opposition gegen gesetzliche Institutionen des Staates vorgehen dürfen nicht zur
Normalität erhoben und legitimiert werden. Das führt zur Zerstörung der Rechtsordnung
– nicht nur in der Ukraine. Ist es denn möglich, dass die Politiker des Westens das nicht
verstehen? (Oder bewusst übersehen) Unabhängig wie sie auftreten – als „Helfer“ für das
ukrainische Volk, wie es den Weg nach Europa finden kann (die Wahl wohin – wurde
schon vorab getroffen) oder als „Vermittler“ (Schiedsrichter; der nur einen Schuldigen
kennt), der angeblich die Seiten befrieden will usw. – das ukrainische Volk selbst fragt
man nicht*

Wir wiederholen noch einmal, wie in Nr.33:

*„ In diesem gesamten Prozess zeigten und zeigen die EU und ihr Führungspersonal ihr
wahres Gesicht und ihren expansiven Charakter, ihre Politik der doppelten Standards –
worauf seinerzeit im Zusammenhang mit der Annahme des Verfassungsvertrages von
Lissabon für die EU die Bewegung für Frieden und soziale Gerechtigkeit aufmerksam
gemacht hat.“*

Wir unterstreichen noch einmal, dass wir solidarisch sind mit unseren Freunden der Ukrainischen Sektion des Europäischen Friedensforums – und verstehen sehr gut, dass das, was in ihrer Heimat vor sich geht, komplizierte politische Prozesse sind, die offensichtlich noch andauern werden und die in erster Linie sie selbst am besten verstehen und bewerten können.

Mit solidarischem Gruß

Das Kollektiv des Korrespondenzpunktes des Europäischen Friedensforums.

* * * * *

Gegen die Destabilisierung Europas

Erklärung des Europäischen Friedensforums

Das Jahr 2014 – 100 Jahre nach dem Beginn des I. Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des II. Weltkrieges, 15 Jahre nach der NATO Aggression gegen Jugoslawien – wo steht Europa am Beginn dieses geschichtsträchtigen Jahres und wie steht es um die Lehren aus diesen Ereignissen, die den Verlauf der Geschichte gravierend beeinflussten?

Die Protagonisten des Kapitals haben Lehren entsprechend ihren Interessen gezogen und Europa befindet sich nicht am Vorabend, sondern bereits inmitten neuer Erschütterungen.

I

Die Ereignisse zu Beginn der 90er Jahre in Europa markieren eine geostrategische Katastrophe und bedeuten einen Rückschlag in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Die politischen Eliten in den USA, der NATO und der EU meinen, die Zeit sei gekommen, die Landkarte Europas, und nicht nur Europas zu verändern und das Völkerrecht, wie mit Jugoslawien 1999 praktiziert, durch ein Modell neuer Aggressionskriege, durch „humanitäre Interventionen“ zu ersetzen. Das Szenarium ist seit 1989 immer das gleiche. Unter Missbrauch von Begriffen wie Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, durch Verletzung von Verfassungen und Gesetzen, sowie durch organisiertes Chaos auf Straßen und Plätzen bis hin zu Bürgerkriegen, wird versucht, nichtgenehme Machtverhältnisse in anderen Staaten zu ändern und souveräne Staatsführungen zu stürzen.

Dazu wird in den offiziellen Massenmedien eine aggressive Informationspolitik verfolgt, mit Lügen und Halbwahrheiten, mit Erfindungen und Spekulationen die öffentliche Meinung manipuliert. Das alles wird mit dem Ziel betrieben, den Einflussbereich von NATO und EU zu erweitern, und gleichzeitig die inneren Krisen zu überdecken bzw. aus ihnen herauszukommen.

Afghanistan, Irak, Libyen Ägypten, Syrien sind tragische Beispiele für eine menschenfeindliche Strategie zur Umsetzung von Weltherrschaftsplänen. Aber selbst aus den in verschiedenen Gebieten erlittenen Niederlagen sind die USA- und die NATO-Strategen nicht bereit Lehren zu ziehen, es sei denn noch mehr zu spionieren, zu lauschen und per Medien zu manipulieren.

Für die imperialistische Expansion wurden und werden die Konzepte weiterentwickelt – sogenannte Partnerschaften, Assoziierungsabkommen - alles als „Dialog“ getarnt, Politik

der Umarmung mit dem Ziel der Unterwerfung. Dabei wird gegenwärtig die sogenannte Ostpartnerschaft; die sich auf die Einbindung der osteuropäischen Länder, besonders der ehemaligen Sowjetrepubliken, in die EU konzentriert, als Schwerpunkt behandelt. Das richtet sich eindeutig gegen Russland, als ein ernstzunehmender Gegner der einseitigen westlichen Hegemonie und Expansion

II

Ein akutes Beispiel - und wir sind alle Augen und Ohrenzeugen dieses Dramas - sind die dramatischen Ereignisse in der Ukraine. Die Pläne der westlichen Globalstrategen gehen einher mit einem noch brutaleren Sozialabbau, wie er bereits seit Jahren von den ukrainischen Oligarchien-Clans betrieben wird. Das ist auch der Boden, auf dem die soziale und politische Unzufriedenheit der Menschen ständig neue Nahrung erhält. Dies wird von unterschiedlichen politischen Kräften und Oligarchien-Clans für ihre eigennützigen Interessen und Ziele genutzt. Das erschwert vielen protestierenden Menschen, die wahren Hintergründe der Auseinandersetzungen um das Assoziierungsabkommen mit der EU zu durchschauen. Die Manipulation seitens der Medien leistet dazu das ihrige. Und die US-Führung, - assistiert von ihren Bündnispartnern und Politologen aller Couleur in West und Ost - setzt alle Mittel in Bewegung, um dem Volk der Ukraine die Entscheidung abzunehmen. Für das ukrainische Volk - so meint der US Außenminister Kerry - sei die richtige Wahl zu treffen, nämlich die für die EU-Einbindung der Ukraine.

Damit die Assoziierung der Ukraine auch nicht nur unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gesehen wird, gehen die US-Spezialisten noch einen Schritt weiter, indem sie der militärpolitischen Einbindung der Ukraine in die EU, deren Loslösung von Russland strategische Bedeutung beimessen. Sie meinen, dass ohne die Ukraine Russland nicht zu verteidigen sei. („Informationen zur deutschen Außenpolitik“ 11. 12. 2013)

Dabei schreckt man auch nicht vor dem Versuch eines Staatsstreichs mit Hilfe offener faschistischer Elemente zurück. Die USA erdreisten sich dem ukrainischen Volk vorzuschreiben, wie seine Regierung aussehen soll. Das heißt: die Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten der Ukraine schreit gen Himmel. Und das auch vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit so arrogant demonstriert in München auf einer sogenannten Sicherheitskonferenz. (*Was lehrt uns da die Geschichte?*)

Die Entscheidung über ihr Schicksal ist von den Bürgern der Ukraine zu treffen. Dazu bedarf es einer umgehenden Stabilisierung der Lage, ohne äußere Einmischung, auf der Grundlage der gültigen Verfassung und der Gesetze.

III

Die neoliberale Expansionspolitik des Westens - und das Beispiel der Ukraine zeigt das erneut - führt zur Destabilisierung Europas und birgt die Gefahr neuer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen in sich. So werden die Tendenzen zum rechten Extremismus, zu Rassismus, Antisemitismus und Faschismus befördert. Deren Beschwichtigung von außen und durch die herrschende Politik ermuntern alle an Instabilität und Bürgerkrieg interessierten Kräfte. Und das eingedenk des Schwurs: Nie wieder Faschismus!

Niemand sollte vor dieser gefährlichen Situation die Augen verschließen.

Es gilt sich den Weltherrschaftsplänen der USA und der NATO, dem Streben nach einer dauerhaften unipolaren Weltordnung, der Revision der Geschichte und der Ergebnisse des II. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entgegen zu stellen.

Deshalb fordern wir alle Mitglieder und Sympathisanten des Europäischen Friedensforums sowie alle friedliebenden Kräfte auf:

- der Destabilisierung Europas entgegenzutreten,
- den faschistischen Gefahren mit Widerstand zu begegnen,
- die Angriffe auf die Souveränität und territoriale Integrität sowie, die Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten und die Drohungen mit Sanktionen zu entlarven und zurückzuweisen.

Prinzipien des Völkerrechts, der UNO Charta, der KSZE Schlussakte von Helsinki 1975, der Entspannungspolitik, des Dialogs ohne Vorbedingungen anstelle eines Diktats müssen wieder zu ihrem Recht kommen.

Februar 2014

* * * * *

В Києве 18ого февралья 2014



Internationale Politiker haben sich gegen die Anwendung von Gewalt durch beide Seiten ausgesprochen – sagt man – und die Führer der Opposition und der Staatsgewalt aufgerufen, an den Tisch der Verhandlungen zurückzukehren. Die USA und Deutschland erklärten, dass sie die Anwendung von Sanktionen im Falle der weiteren Verschärfung der Situation nicht ausschließen. (da war immer von Sanktionen gegen die Vertreter der Regierung die Rede)



Da hat man sich über die zukünftige Regierung der Ukraine verabredet (Nuland, USA), dort wurde besprochen, den Druck auf die Regierung - möglicherweise mit Sanktionen – zu erhöhen (Merkel, BRD)? – darüber, dass es notwendig ist, mit dem gewaltsamen Druck gegen die legitime

Regierung Schluss zu machen und auf den Weg friedlicher – demokratischer – Lösungen zurückzukehren, wurde auf diesen Treffen offensichtlich nicht gesprochen – oder? Die Pose für die Fotografen zeigt eindeutig, auf welcher Seite die Politiker des Westens stehen. Und alles Böse, einschließlich der Gewalt geht natürlich nur von denen aus, die auf der Wacht für die Einhaltung der Gesetze stehen.

Wir sind keine Anhänger von Gewalt – aber es müsste die Frage erlaubt sein - wie kann man in dieser Situation, nach all den Kompromissen und Zugeständnissen, die auf der Verfassung beruhende Rechtsordnung verteidigen?

* * * * *

Wir übernehmen in diesem Brief des Korrespondenzpunktes einen Kommentar des Außenministeriums der Russischen Föderation.

Kommentar der Presse - und Informationsabteilung des Außenministeriums Russlands zu den Ereignissen in der Ukraine.

18-02-2014

Erneut hat sich die Lage im Zentrum Kiews zugespitzt. Die Kämpfer, die die Führer der Opposition zu einer sogenannten „Friedensoffensive“ aufgerufen haben, greifen die Sicherheitskräfte an, bewerfen sie mit Steinen, stecken Autos in Brand, plünderten eine Apotheke, griffen das Hauptquartier der regierenden Partei der Regionen und haben das Parlamentsgebäude blockiert. Den Abgeordneten werden ultimative Forderungen gestellt. Die Opposition kontrolliert nicht mehr die Situation in ihren Reihen. Eine offenkundige Verhöhnung der Rechtsordnung, ja des gesunden Menschenverstandes liegt auf der Hand.

Das Geschehen ist ein direktes Ergebnis der Duldungspolitik jener westlichen Politiker und europäischen Strukturen, die seit dem Beginn der aggressiven Handlungen der in der Ukraine beide Augen zudrücken und sie dadurch zu einer Eskalation und zu Provokationen gegen die legitime Macht aufmuntern.

Wir rufen erneut die ukrainische Opposition auf, auf Drohungen und Ultimaten zu verzichten und mit dem Ziel, einen Weg zur Herausführung des Landes aus der tiefen Krise zu finden, einen gestaltenden Dialog mit der Staatsmacht in Gang zu setzen.

* * * * *

Eine Internetplattform, die sich kritisch mit der deutschen Außenpolitik beschäftigt.



GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : [Nachrichten](#) + [Interviews](#) + [Analysen](#) + [Hintergrund](#)

Koste es, was es wolle

19.02.2014

KIEW/BERLIN

(Eigener Bericht) - Am Tag nach gemeinsamen Absprachen der Bundeskanzlerin und zweier ukrainischer Oppositionsanführer in Berlin sind am gestrigen Dienstag die Proteste in Kiew blutig eskaliert. Seit Monaten faktisch bedingungslos von Deutschland und anderen Staaten des Westens protegiert, hatten Demonstranten in den vergangenen Tagen offenbar begonnen, sich mit Schusswaffen und Munition auszurüsten. Unter den Todesopfern der gestrigen Unruhen befinden

sich mehrere erschossene Polizisten. Die blutige Eskalation erfolgte kurz nach der Erfüllung einer zentralen Forderung der Demonstranten, als sich erstmals Entspannung abzeichnete - taktisch zum Nachteil derjenigen, die wie etwa der "Mann der Deutschen" in Kiew, Witali Klitschko, den Rücktritt des ukrainischen Präsidenten fordern. Klitschko, der am Montag nach Berlin gereist war, um das weitere Vorgehen abzusprechen, droht mit einer weiteren blutigen Eskalation. Zu den Kräften, auf die er sich dabei stützen kann, gehört eine Organisation, die sich explizit nach NS-Kollaborateuren beim Massenmord an sowjetischen Juden benennt. Eskalationsstrategien wie diejenige, die in Kiew gegenwärtig zur Anwendung kommt, sind der deutschen Außenpolitik nicht fremd.

Schusswaffen und Munition

Bei der blutigen Eskalation der Kiewer Proteste sind am gestrigen Dienstag mehrere Polizisten und mehrere Demonstranten zu Tode gekommen. Wie Berichte bestätigen, gab es bereits seit geraumer Zeit deutliche Hinweise darauf, dass ein Teil der Kiewer Demonstranten sich bewaffnete. Demnach bat ein Zusammenschluss namens "Erste Kiewer Hundertschaft der Organisation Ukrainischer Nationalisten" schon vor Tagen in aller Öffentlichkeit um "Munition oder Geld, um welche zu kaufen".[1] Bereits zuvor hatte der von Berlin gestützte Oppositionsanführer Witali Klitschko zur Bildung von Bürgerwehren aufgerufen. Gestern berief der gewalttätige, von Faschisten durchsetzte "Rechte Block" alle Gegner der Regierung, die Schusswaffen besitzen, auf den Majdan ein. Beim Versuch, einen Sturm auf das ukrainische Parlament zu starten, durchbrachen Regierungsgegner Absperrungen und zündeten Polizeiautos an; es kam es zu schweren Kämpfen zwischen den mit scharfen Schusswaffen ausgerüsteten Demonstranten und der Polizei. Vor dem Parlament wurden Abgeordnete, die zu fliehen versuchten, in ihren Autos mit Knüppeln attackiert; das Büro der Regierungspartei wurde in Brand gesteckt. Während die Demonstranten behaupten, Krankenwagen seien von der Polizei am Einsatz gehindert worden, können die Verletzten offenbar wegen der von Demonstranten errichteten Barrikaden nicht versorgt werden.[2] In der Nacht eskalierte die Lage weiter.

NS-Mordkollaborateure

Die blutige Eskalation erfolgte nur einen Tag, nachdem die Oppositionsanführer Arsenij Jatsenjuk und Witali Klitschko im Berliner Kanzleramt empfangen worden waren, wo sie mit Angela Merkel das weitere Vorgehen der ukrainischen Regierungsgegner besprachen. Die Bitte der "Ersten Kiewer Hundertschaft der Organisation Ukrainischer Nationalisten" um Munition kann ihnen dabei nicht unbekannt gewesen sein - sie wurde nicht heimlich, sondern in aller Öffentlichkeit schriftlich auf einem Plakat vorgebracht. Offenbar haben weder die Kanzlerin noch das Auswärtige Amt darauf gedrungen, weitere offensive Protestdemonstrationen zurückzustellen, bis die Bewaffnung der Opposition rückgängig gemacht werden kann, um das Schlimmste zu verhindern; ganz im Gegenteil kritisiert der deutsche Außenminister wie bisher "die Gewalt" in Kiew allgemein und insbesondere die staatlichen Sicherheitskräfte. Gänzlich unerwähnt bleibt in den Stellungnahmen der Bundesregierung weiterhin, dass die Demonstranten, die der von Berlin aufgebaute Klitschko anführt, zu einem erheblichen Teil aus Faschisten bestehen. So bezieht sich die "Erste Kiewer Hundertschaft der Organisation Ukrainischer Nationalisten" auf die historische "Organisation Ukrainischer Nationalisten", die an der Seite der NS-Wehrmacht die Sowjetunion überfiel und sich unter anderem aktiv an den NS-Massenmorden an Juden beteiligte (german-foreign-policy.com berichtete [3]).

Eskalationsstrategien

Dass Berlin die ukrainischen Protestdemonstrationen auch noch dann faktisch in Schutz nimmt, wenn gewalttätige Regierungsgegner mit Schusswaffen gegen die Sicherheitskräfte vorgehen, entspricht einer schon mehrfach von der Bundesrepublik angewandten Eskalationsstrategie. In den 1990er Jahren etwa war der Bundesnachrichtendienst (BND) bei der Aufrüstung kosovarischer Banden behilflich; die Waffen kamen letztlich der berüchtigten UÇK zugute, die den Kampf gegen die jugoslawischen Sicherheitskräfte eskalieren ließ, bis schließlich 1999 Deutschland und die NATO intervenierten (german-foreign-policy.com berichtete [4]). Zuvor hatten beispielsweise in

den 1960er Jahren bundesdeutsche Politiker gemeinsam mit ultrarechten Kräften aus Deutschland und Österreich die über einen militanten Flügel verfügende Autonomiebewegung in Norditalien (Südtirol) gefördert und dabei Berichten zufolge auch gewalttätige Kräfte unterstützt [5] - mit dem Ziel, die Regierung Italiens zu zwingen, Südtirol weitreichende politische Autonomie zu gewähren. Es kam zu Sprengstoffanschlägen der aus Deutschland geförderten rechtsradikalen Gruppen. Mehrere italienische Polizisten wurden getötet. Die Strategie hatte letztlich Erfolg.

Ende der Entspannung

Die Eskalation erfolgt präzise zu dem Zeitpunkt, zu dem die ukrainische Regierung eine zentrale Forderung der Proteste akzeptiert und eine Amnestie für inhaftierte Demonstranten verkündet hat. "Zeichen einer leichten Entspannung" seien "nicht zu übersehen", hieß es daraufhin in deutschen Medien [6], die darauf hinwiesen, dass die Spezialeinheiten der Polizei sich zurückzogen und Ordnungskräfte dazu übergingen, Barrikaden abzubauen und ausgebrannte Polizeifahrzeuge abzutransportieren. Damit entfielen Druckmittel für alle diejenigen, die - wie der "Mann der Deutschen" in Kiew, Klitschko - den ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch zum Rücktritt zwingen wollen. Aus der Gewalteskalation zieht der deutsche Außenminister nun den Schluss, dass "die Zurückhaltung, die sich Europa bei der Entscheidung über persönliche Sanktionen" gegen Kiewer Politiker "auferlegt hat, mit Sicherheit überdacht werden wird". [7] Berlin und der EU mussten sich jüngst den Vorwurf aus Washington gefallen lassen, nicht hart genug gegen die ukrainische Regierung vorzugehen.

Ein geopolitisches Spiel

Bei dem Machtkampf um die Ukraine, der inzwischen immer mehr Todesopfer fordert, geht es, wie schon im November ein ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium erklärte, "um zwei grundsätzliche Fragen": "Wo soll die östliche Grenze der EU liegen, wo die westliche Grenze des russischen Einflussgebiets?" Bei der deutschen Einmischung in die Kiewer Unruhen handle es sich also lediglich "um ein neues und großes geopolitisches Spiel". Dabei weisen Experten darauf hin, dass die Ukraine auch deshalb besondere Bedeutung besitzt, weil Russland ohne sie militärisch kaum zu verteidigen ist - ein Faktor, den Moskau nicht außer Acht lassen kann. Wohl wegen der Gefahr einer unkontrollierten Eskalation zwischen Deutschland und Russland riet der erwähnte frühere Planungsstab-Leiter im Verteidigungsministerium, der Publizist Theo Sommer ("Die Zeit"), den Machtkampf, der zunächst um das relativ weitreichende EU-Assoziierungsabkommen geführt wurde, nicht zu überreizen: "Wären da nicht Freihandelsabkommen, denen nicht expansiver Ehrgeiz aus allen Knopflöchern stinkt, der bessere Weg der Assoziation?" [8] **Berlin hat sich anders entschieden und heizt mit seiner Einmischung die Unruhen in Kiew weiter an, um den Kampf für sich zu entscheiden - koste es, was es wolle.**

Weitere Berichte und Hintergrundinformationen zur aktuellen deutschen Ukraine-Politik finden Sie hier: [Protestbündnis für Europa](#), [Probleme der Ostexpansion](#), [Ein breites antirussisches Bündnis](#), [Termin beim Botschafter](#), [Expansiver Ehrgeiz](#), [Zukunftspläne für die Ukraine](#), [Unser Mann in Kiew](#), [Die militärische Seite der Integration](#), [Integrationskonkurrenz mit Moskau](#), [In die Offensive](#), [Die Expansion europäischer Interessen](#), [Nützliche Faschisten](#), [Oligarchen-Schach](#) und [Der Mann der Deutschen](#).

[1], [2] Reinhard Lauterbach: Randalen und Tote in Kiew. www.jungewelt.de 19.02.2014.

[3] S. dazu [Ein breites antirussisches Bündnis](#) und [Die Expansion europäischer Interessen](#).

[4] S. dazu [Der Zauberlehrling](#).

[5] S. dazu [Der Zentralstaat als Minusgeschäft](#) und [Doppelrezension: Südtirol-Terrorismus](#).

[6] Amnestie-Gesetz tritt in Kraft. www.tagesschau.de 17.02.2014.

[7] AM Steinmeier zur aktuellen Lage in Kiew. Pressemitteilung des Auswärtigen Amts 18.02.2014.

[8] Theo Sommer: Ein neuer Eiserner Vorhang? www.zeit.de 25.11.2013. S. dazu [Expansiver Ehrgeiz](#).

